



# Politischer Bericht des EBD-Präsidenten

EBD-Mitgliederversammlung, 30. Juni 2014

*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,  
sehr geehrte Frau Vizepräsidentin des Bundestags,  
sehr geehrte Mitglieder des Bundestags, der Landtage und des Europaparlaments,  
sehr geehrte Repräsentanten der Ministerien und der Europäischen Institutionen in Berlin,  
sehr geehrte Delegierte und Gäste unserer Mitgliedsorganisationen,  
liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem EBD-Vorstand,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Habemus presidentem! Der weiße Rauch hat sich verzogen: Der Europäische Rat hat sich am Freitag dazu durchgerungen, Jean-Claude Juncker als Kandidat für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission zu nominieren. Dass dieser heiß diskutierte Prozess einen Quantensprung für die EU bedeutet, wird deutlich, wenn man sich den Prozess der Nominierung von Junckers Vorgänger José Manuel Barroso anschaut: Genau gestern vor 10 Jahren wurde er vom Europäischen Rat als Kommissionspräsident nominiert, nachdem zwei Vorschläge für das Amt keine Mehrheiten erreicht hatten: Im Juni 2004 waren zuerst (das damals noch sozialdemokratisch regierte) Deutschland und Frankreich mit ihrem Vorschlag Guy Verhofstadt gescheitert und dann einige konservative Regierungschefs mit ihrem Vorschlag des Briten Chris Patten. Was kaum jemand weiß: Es galt schon damals eine qualifizierte Mehrheit im Rat, eingeführt durch den Vertrag von Nizza.

Zwischenzeitlich ist der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten. Wir alle waren erleichtert, aber doch auch vergesslich, welche Fortschritte dieser Vertrag für die europäische Demokratie brachte. Zwar wurden Fahne und Hymne gestrichen, oder, was noch schwerer wiegt: Gesetze werden immer noch nicht Gesetze genannt, obwohl sie es ja sind. Die Bürgerinnen und Bürger durften wohl nicht hören, was Juristen materiell wissen. Dennoch: Die Demokratie zwischen den Institutionen wurde durch Lissabon gestärkt. Es wagte nur keiner mehr darüber zu sprechen. Dies betrifft die Art. 11 und 12 zur partizipativen und parlamentarischen Demokratie, dies betrifft aber vor allem die Stärkung des Europäischen Parlaments, wenn es um die Bestimmung der neuen Kommission geht.

Die Europäische Bewegung Deutschland hat die Verträge genau gelesen und immer auf die so wichtige Stärkung der demokratischen Gemeinschaftsmethode hingewiesen. Wir haben verstanden, dass die akute Finanzkrise zu strikter Disziplin im Verwaltungsapparat des

Europäischen Rates führen musste. Doch wir haben nie akzeptiert, dass „Mehr Demokratie wagen“ auf einmal nicht mehr für die EU gelten sollte. Die sogenannte Unionsmethode, die die nationale Administration bevorzugt, passt nicht zum Parlamentarismus. Und sie passt im Übrigen auch nicht zu einer pluralistischen Gesellschaft, die den Parlamentarismus und die Demokratie stärkt und einer exzellenten Verwaltung externe Expertise bietet.

Ich gebe zu, viele hat der Mut verlassen, dass die Lissaboner Medizin doch noch wirken könnte. Nur so ist es zu erklären, dass weite Teile der europäischen, aber vor allem der nationalen Öffentlichkeiten davon überrascht wurden, dass der nun designierte Kommissionspräsident Juncker seit dem 7. März als Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei feststand – sechs Wochen **vor** der Europawahl.

Er ist nun der Kandidat der Parteilinie, die bei der Europawahl 2014 die meisten Stimmen erhalten hat. Seine Wahl ist also das Ergebnis eines Europawahlkampfes, in dem zumindest hier in Deutschland der Eindruck herrschte, der Wähler habe mit seiner Stimme Einfluss auf den kommenden Präsidenten der Europäischen Kommission. „This time it's different“ – das war nicht nur in Deutschland der Slogan dafür. Sicher ist: In diesem Wahlkampf und vor allem im zweiten Wahl-**Kampf** nach der Europawahl und vor dem Europäischem Rat hat längst nicht alles funktioniert. Häufig hinterließen beide Spitzenkandidaten in den TV-Duellen den Eindruck, zu sehr einer Meinung zu sein. Aber allein die Tatsache, dass es überhaupt zu Kandidaten-Duellen kam, ist ein Fortschritt. Und seien wir ehrlich, waren wir begeistert vom letzten TV-Kanzlerduell? Vielen blieb nur eine schwarz-rot-goldene Kette in Erinnerung.

Wer, wie wir, den Maschinenraum in Brüssel kennt, weiß, dass die Idee der Spitzenkandidaten keine neue ist. Diejenigen, die nicht erst seit dem Gipfel von Laeken für mehr Demokratie eintreten, sind auch für Mehrheitsentscheidungen, bei denen das Parlament eine entscheidende Rolle spielt.

Die wochenlange Zerreißprobe um die Nominierung von „the“ oder „le“ „Spitzenkandidat“ – dieses Wort ist nun in allen Sprachen Europas etabliert! – hat leider viel Porzellan zerschlagen, gerade weil der Vorwurf des Wortbruchs im Raum stand. Hätten die Staats- und Regierungschefs – so, wie es zwischenzeitlich aussah – plötzlich jemand ganz Neues aus dem Hut gezaubert, wäre der Flurschaden wohl groß genug gewesen, um bis zu einer katastrophalen Wahlbeteiligung bei den nächsten EP-Wahlen 2019 auszustrahlen. Aber – „this time it's different“! Nun ist dies Versprechen glücklicherweise doch eingehalten worden, und wir alle können nach vorne blicken.

Dass die Wahlbeteiligung hierzulande um fünf Prozentpunkte gestiegen ist, hat sicherlich auch mit den Spitzenkandidaten zu tun und mit dem Gefühl, diesmal mit der Wählerstimme auch wirklich Einfluss in Europa ausüben zu können. Daneben dürfen sich für die gestiegene Motivation, wählen zu gehen, aber auch die proeuropäischen Organisationen ein wenig auf die Schulter klopfen.

So gelang es der EBD-Multiplikatoren-Kampagne „1000 Gründe für Europa“, den „Schneeball-Effekt“ eines starken Netzwerks zu nutzen, um rund zwei Millionen Wählerinnen und Wähler zu erreichen: Fast 100 führende Köpfe von Verbänden, Gewerkschaften und Organisationen riefen in persönlichen Statements zum Wählengehen auf, die dann innerhalb der jeweiligen Organisation über Mitgliederzeitschriften und Online-Auftritte verbreitet wurden. Viele von Ihnen haben bei der Aktion selbst mitgemacht mit Sprüchen wie „Europa ist unser Bier“ – ein Beispiel vom Deutschen Brauer-Bund. Oder Sie haben weitere Protagonisten geworben, die 1.000-Gründe-Plakate verbreitet. In Kombination mit der europaweiten Kampagne des European Movement International

kam eine beeindruckende Vielfalt von „1000 reasons to vote“ zusammen, die den Euroskeptikern eine gehörige Portion Optimismus entgegensetzt. Auf Flickr – Sie finden den Link natürlich auf unserer Website – können Sie sich die (naja, fast) 1000 Gründe übrigens ganz in Ruhe nochmal anschauen.

Ich möchte im Hinblick auf unsere Kampagne, die eine Vielfalt proeuropäischer Motive abgebildet hat, auf einen Aspekt hinweisen, den die EBD-Mitgliedsorganisationen kennen, aber oft nicht aussprechen: Wir brauchen eine vielfältige pluralistische Gesellschaft mit, ja!, unterschiedlichen Interessen. Dann liegt es an den Volksvertreterinnen und Volksvertretern, diese Kakophonie, die für die Demokratie wichtig ist, im Auftrag und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu gewichten. Nur so haben auch Regierung und Verwaltung eine Chance, Mindermeinungen zum Wohle des Ganzen zu berücksichtigen.

Das klingt vielleicht staatsphilosophisch, aber wir reden hier über einen Markenkern der Demokratie. Nur durch breite Expertise, klare demokratische Regeln und Zeit können gute, nicht nur für eine Bevölkerungsmehrheit gute, Gesetze gemacht werden. Das gilt für die nationale ebenso wie für die europäische Ebene.

Konkret: Wir wünschen uns mehr Zeit und Transparenz bei der europäischen Gesetzgebung. Es widerspricht dem demokratischen Geist des Art. 11 des EU-Vertrages, dass vier von fünf Gesetzen im Schnellverfahren, „Trilog“ genannt, beschlossen werden. Es ist wahr, viele Gesetze brauchen Zeit, zu lange Zeit. Doch dieser Missstand lässt uns fordern, dass die Qualität des Europäischen Parlamentes, etwa durch einen starken wissenschaftlichen Dienst, ausgebaut wird, damit es Waffengleichheit mit dem Rat gibt. Wenn das Europäische Parlament auf dem Stand etwa des Bundtages wäre, dann könnte es sich wieder aus Trilogen zurückziehen und – wie vertraglich vorgesehen – „repräsentative Verbände und Zivilgesellschaft“ für seine Zwecke nutzen. Dazu zählt auch der Interessenausgleich!

Das Europäische Parlament darf nicht zu einem 29. Staat der Europäischen Union mit Vetorecht mutieren. Das hat es nicht nötig und schon gar nicht verdient. Das EP ist die „Bürger-Kammer“ der Rat die „Staaten-Kammer“. Ich schlage deshalb vor, das Thema Trilog und transparente Gesetzgebung verstärkt mit dem neuen Parlament zu besprechen. Gleichzeitig sollten wir nicht müde werden, den Rat und die Kommission in die Pflicht zu nehmen. Transparenz und Partizipation müssen der Normalfall sein und kein Beiwerk – in allen Organen der Europäischen Union. Und: die Beamten in Rat und Regierungen sollten die Passagen des EU-Vertrages richtig lesen, die die Demokratie betreffen und einstimmig beschlossen sind. Dies gilt nicht nur für Westminster.

Die EBD hat im vergangenen Jahr nicht nur in Sachen europäischer Demokratie Kurs gehalten. Wir haben schon 2013 beim deutsch-italienischen Zukunfts-Dialog unserem internationalen Auftrag entsprochen, grenzüberschreitend Initiativen zu vernetzen. Wir setzen nicht nur auf wenige große Länder in der Europäischen Union, wir setzen auch auf den Dialog mit Beitrittskandidatenländern wie Serbien, und kleinere Kernländer, wie das hervorragende Beispiel der Deutsch-Belgischen Konferenz im Februar zeigte. Hier müssen wir international noch weiter gehen. Denn die unterschiedlichen Öffentlichkeiten während der Spitzenkandidaten-Diskussion zeigen, wie weit wir noch von einem pluralistischen Europa entfernt sind.

Deshalb haben wir über unseren internationalen Mutterverband EMI schon im letzten Jahr die zivilgesellschaftliche Allianz „Europe+“ ins Leben gerufen. Sie setzt sich für eine demokratische Reform der Europäischen Union ein. Freilich ist dies noch mit Leben zu erfüllen. Aber wir haben nun eine Allianz, die bereit steht, das Europäische Parlament und die italienische Ratspräsidentschaft bei den dringend notwendigen Reformen von außen und in der Fläche zu unterstützen.

Auch inhaltlich sind wir, wie sich jetzt zeigt, vorausschauend gewesen. Erinnern Sie sich noch an unsere intensive Diskussion zum Thema „100 Jahre Urkatastrophe Erster Weltkrieg“ im letzten Jahr? Unserem Mitglied Volksbund Kriegsgräberfürsorge haben wir es zu verdanken, dass wir uns des Themas sehr früh angenommen haben. Wer hätte damals gedacht, dass Frieden in Europa wieder ein akutes Thema wird? Der australische Historiker Christopher Clark hat es sinngemäß auf den Punkt gebracht: Zwischen 2014 und 1914 gibt es viele Parallelen, mit einem Unterschied: Heute haben wir die Europäische Union. Es stimmt: Mehr denn je müssen wir in Europa dafür sorgen, dass sich „zufälliges“ Hineinschlittern in tödliche Konflikte, wie vor 100 Jahren geschehen und wie jetzt in der Ukraine wieder beängstigend präsent, nicht wiederholt.

Gerade die Krise in der Ukraine macht uns klar, wie notwendig – überlebensnotwendig! – eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist, die diesen Namen auch verdient. Auch das hat die EBD bereits vergangenes Jahr zu einer ihrer Forderungen gemacht. An der Vertiefung der GASP halten wir weiterhin fest. Gleichzeitig spricht die Beschlussvorlage der Politischen Forderungen für das kommende Jahr davon, langfristig Teile der Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten zusammenzulegen. Eine parlamentarisch kontrollierte europäische Armee war übrigens auch Teil der Europawahlprogramme von CDU und SPD!

Die EU muss also ihre Rolle in der Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch im inter-institutionellen Zusammenspiel, neu definieren. Kein Moment ist für solche Reformen günstiger als jetzt! Eine relativ lange „wahlfreie“ Zeit liegt vor uns – es gibt wenig nationale Wahlen in großen Mitgliedstaaten, die die EU-Agenda lähmen könnten – und das integrationsfreudige Italien steht ab morgen an der Spitze des Rates. Der Ruf nach pluralistischem Wettstreit der Interessen, der unsere Demokratie aus- und stark macht, verbietet es im Grunde, europaskeptische oder antieuropäische Parteien mit Missachtung zu strafen. Wohin das führt, zeigte der Wahlkampf der „etablierten“ Parteien und der Zulauf zu UKIP, Front National und AfD. Doch gerade hier liegt unsere Aufgabe: Wir müssen den populistischen Totschlagargumenten jener Wahlgewinner etwas Überzeugendes entgegensetzen. Die EU muss dem etwas Überzeugendes – Reformen! – entgegensetzen.

Die politischen Forderungen der EBD helfen, diesen Reformprozess zu begleiten, und zu forcieren, denn nicht umsonst deckt die EBD als größtes europapolitisches Netzwerk in Deutschland die ganze Breite der organisierten Zivilgesellschaft ab. Im letzten Jahr haben die über 200 Mitgliedsorganisationen erstmals politische Forderungen verabschiedet, auf die sich alle einigen konnten. Heute werden sie fortgeschrieben. Entstanden sind sie übrigens in einem Abstimmungsprozess mit frühzeitiger, demokratischer Einbindung aller. Unsere politischen Forderungen konzentrieren sich auf die Stärkung der europäischen Integration auf allen politischen Ebenen. Dabei achtet die EBD die unterschiedlichen politischen Konzepte ihrer Mitglieder, und stützt sich auf den europäischen Rechtsbestand sowie den europapolitischen Konsens in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Ich möchte an dieser Stelle allen Unterstützerinnen und Unterstützern in unseren Mitgliedsorganisationen, im Auswärtigen Amt und in der Vertretung der Europäischen Kommission danken, die sich an diesem Entwicklungs- und Abstimmungsprozess beteiligt haben.

Und auch bei denen, die im vergangenen Jahr aktiv geholfen haben, die Forderungen in konkrete EBD-Arbeit umzusetzen. Das geschah auf vielfältige Weise, davon kündigt unser umfangreicher Jahresbericht und davon wird Ihnen gleich auch noch unser Generalsekretär Näheres berichten.

Auch wenn einige Krisenländer wieder an die Finanzmärkte zurückgekehrt sind oder es gerade tun, auch wenn Litauen bald als 19. Land dem Euro beitreten wird: Die immer wieder aufflackernden Turbulenzen in der Wirtschafts- und Währungsunion und die andauernde, allgemein wahrgenommene „Krise“ der Gemeinschaftswährung und der Union haben den Ruf nach einer Änderung der europäischen Verträge immer lauter werden lassen. Nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon 2009 waren Änderungen des Primärrechts – außer im Fall des Artikels für den Europäischen Stabilitätsmechanismus – zunächst tabu.

Das bedeutet für uns: Die mit dem „Debattenherbst“ 2012 begonnene Diskussion über den Reformbedarf der EU und die Umsetzungsfähigkeit ihrer Institutionen war vor der Europawahl 2014 auf Betreiben vor allem der deutschen Bundesregierung vererbt. Spätestens nach der Europawahl und im Angesicht der ukrainisch-russischen Krise kehrt diese Diskussion mit Macht zurück. Das starke Abschneiden rechtspopulistischer Parteien, die 20 Prozent aller Sitze im Europäischen Parlament einnehmen werden, wird dazu führen, dass alle pro-europäischen Fraktionen enger zusammenrücken. Damit dürfte auch der Konsens über Notwendigkeit und Weg der institutionellen Reform steigen. Das ist gut so!

Die EBD steht ihren Mitgliedsorganisationen und der Öffentlichkeit als Forum für Reformvorschläge zur Verfügung. Politisch steht für uns außer Frage, dass die europäische Demokratie und die gemeinschaftlichen Institutionen gestärkt werden müssen. Dafür fordert die EBD eine bessere Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf allen Ebenen. Nicht umsonst fiel bereits beim Netzwerk-Tag der EBD vor einem Jahr angesichts der zurückhaltenden Reaktion von EU-Kommissar Günther Oettinger der Satz „Wer, wenn nicht wir, sollte einen Konvent fordern?“. Wir tun es immer noch, in großer Einigkeit und mit gutem Grund! Auf breiterer Basis als in einem Konvent können die Weichen für Europas Zukunft nicht diskutiert und gestellt werden. Auch in Bezug auf die Staatsschuldenkrise schöpft die EBD aus der Breite der Lösungsansätze ihrer Mitglieder. Sie tut das in vielen anderen Bereichen ebenso - genau das ist ihre Stärke. Diese Art Stärke, die nur aus der Vielfalt zu gewinnen ist, diese Stärke braucht Europa jetzt. Die EBD steht bereit, das Ihre zu tun, um das Projekt Europa für die Zukunft zu rüsten und zu stärken. Ich danke Ihnen.